

AfD: Meuthen kandidiert nicht für den Bundestag

BERLIN. AfD-Chef Jörg Meuthen hat angekündigt, im kommenden Jahr nicht für den Bundestag zu kandidieren. Er wolle weiterhin in Brüssel bleiben, schrieb Meuthen in einem Brief an die Parteimitglieder. In Deutschland, aber auch in der AfD gebe es die Tendenz, sich mit dem Politikbetrieb in Brüssel nur am Rande zu befassen, erklärte Meuthen. „Das Problem ist: Der Irrtum könnte größer gar nicht sein.“ Während immer mehr politische Entscheidungen durch die EU zustande kämen, drohe Berlin „immer mehr zu einer Art Filialbetrieb und Befehlspflanzung der Zentrale Brüssel zu werden“, schrieb Meuthen in dem Brief. Er stellte klar: „Mein Mandat im Parlament der EU ist mir Passion, ist mir die Aufgabe, für die ich von Ihnen nominiert und von den Wählern mandatiert wurde.“ Aus diesem Grund werde er „dem von sehr vielen Mitgliedern an mich herangetragen Wunsch“, 2021 für den Bundestag zu kandidieren, nicht nachkommen. Er könne derzeit im EU-Parlament mehr für die Partei tun als durch einen Wechsel nach Berlin. Über die Frage, ob Meuthen 2021 für den Bundestag kandidiert, war zuletzt viel spekuliert worden. Unter anderem darüber, ob es dann im Heimatverband Baden-Württemberg zur Kampfkandidatur um den Spitzenplatz mit der AfD-Landesvorsitzenden und Bundestagsfraktionschefin Alice Weidel gekommen wäre. (ls)

Kritik an Ablehnung von Bundeswehr-Hilfe

BERLIN. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hat den Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg dafür kritisiert, den Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen die Corona-Pandemie abzulehnen. Indem sich der grün regierte Bezirk gegen die Hilfe der Truppe stelle, riskiere er „eine Verschärfung der Lage für ganz Berlin“, sagte Kramp-Karrenbauer dem *Tagesspiegel*. Ihr fehlte jedes Verständnis dafür, daß der Bezirk trotz steigender Fallzahlen die Unterstützung der Bundeswehr „schließlich aus ideologischen Gründen“ nicht in Anspruch nehme. In elf Berliner Bezirken sind Soldaten bei der telefonischen beziehungsweise IT-gestützten Nachverfolgung der Kontakte von Infizierten im Einsatz. Nur Friedrichshain-Kreuzberg lehnt dies ab. Grund dafür sei der Wunsch nach einer strikten Trennung von Zivilem und Militärischem, sagte die Berliner Linkspartei-Chefin Katina Schubert der *Welt*. „Das gehört zu den vielen Lehren, die die Bundesrepublik aus der NS-Geschichte gezogen hat.“ (zit)

RONALD BERTHOLD

Heißt das vom linken politischen Lager geforderte „bedingungslose Grundeinkommen“ bei der AfD „Staatsbürgergeld“? Mit einer auf den ersten Blick ähnlichen Idee tritt jetzt der sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer, an die Öffentlichkeit.

Beim näheren Hinschauen sind deutliche Unterschiede zu erkennen: Die sozialpolitische Gabe soll mit 500 Euro pro Monat nur halb so hoch sein, und sie ist mit einer grundlegenden Steuerreform verknüpft. Springer will 25 Prozent Einkommensteuer auf Einkünfte bis 250.000 Euro im Jahr. Alles darüber soll mit 50 Prozent belastet werden.

Offenbar hat der Parlamentarier versucht, die eher Richtung Sozialstaat ausgerichtete Haltung der Ost-Landesverbände mit den wirtschaftsliberalen Anschauungen der Partei im Westen zu versöhnen. Das Staatsbürgergeld soll jeder Deutsche von der Geburt bis zum Tod erhalten. Allerdings nur, wenn er seinen „gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland“ habe und „nicht wegen steuer-, arbeits-, sozialversicherungsrechtlicher Delikte verurteilt worden“ sei. Sein Vorschlag erhebe „den Anspruch, ein neues Steuer- und Transfersystem aus einem Guß zu sein.“

Starker Anreiz, sich zu integrieren

Ausländer, auch EU-Bürger, will der Politiker vom Staatsbürgergeld ausnehmen. Der Name bezieht sich auf die Staatsbürgerschaft. Denn sonst, so Springer, „wäre mit einer massiven Einwanderung in unser Sozialsystem zu rechnen“. Nichtsdestotrotz sollen Nichtdeutsche weiter Unterstützung erhalten – wie bisher nach behördlicher Bedürftigkeitsprüfung. Springer schränkt ein: „Denkbar ist, daß integrierte Ausländer mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht einen Staatsbürgergeldanspruch erwerben können, wenn sie im Inland zehn Jahre lang steuerpflichtige Einkünfte erzielt haben und damit ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe oder Hilfe Dritter bestreiten konnten.“ Dies sei ein starker Anreiz, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Die Idee des Staatsbürgergeldes hat der AfD-Abgeordnete aus dem „Solidarischen Bürgergeld“ modifiziert, das der damalige Ministerpräsident Thüringens, Dieter Althaus, 2006 vorgestellt hat. Was ist nun neu an der AfD-Initiative? Oder handelt es sich doch um linken Wein in rechten Schläuchen? Immerhin nennt Springer seine Idee „eine spezifische Variante des Grundeinkommens“. Sein Staatsbürgergeld will er als „negative Einkommensteuer direkt an den Bürger“ auszahlen. Das damit verbundene neue Steuersystem sei einfach und führe „zu einer deutlichen Einkommensentlastung bei geringen und mittleren Einkommen“. Mehr Netto vom Brutto sei kein leeres Versprechen mehr: „Vor allem Familien werden finanziell deutlich besser gestellt.“ Gleichzeitig fasse sein Konzept viele der mehr als 150 Sozialleistungen

**Demonstration für das bedingungslose Grundeinkommen:** Beim Staatsbürgergeld sollen sich dagegen „Arbeit und Leistung lohnen“

zusammen: „Hartz IV wird abgeschafft.“

Denn das Staatsbürgergeld decke „das soziokulturelle Existenzminimum“ ab. Damit sei die „physische Existenz“ und ein „Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ garantiert. Das Staatsbürgergeld bezeichne er daher als „partielles Grundeinkommen“. Unabhängig von der Höhe der Einkünfte soll es jeder erhalten. Wer weniger als 2.000 Euro monatlich verdiene, bekomme daher unterm Strich mehr ausgezahlt. Wird die Grenze überschritten, kehrt sich das Verhältnis um: „Die Verpflichtungen aus der Einkommensteuer werden mit dem Staatsbürgergeld verrechnet.“ Springer macht zahlreiche Modellrechnungen auf. So würde ein Alleinrentner mit 100.000 Euro brutto im Monat künftig rund 1.100 Euro weniger netto verdienen

(55.709 statt 56.796 Euro). Eine vierköpfige Familie mit einem Bruttoeinkommen von 3.200 Euro erhalte dagegen nach seinem Konzept 4.400 Euro netto: Kinder und Eltern bekommen jeweils 500 Euro Staatsbürgergeld – verrechnet mit der Steuer von 25 Prozent bliebe ein Plus von 1.200 Euro. Für Menschen mit 2.000 Euro Einnahmen wäre brutto gleich netto. Bei 4.000 Euro blieben 3.500 statt 3.303 Euro übrig. Und ein bisheriger Hartz-IV-Empfänger erhalte statt 424 nun 500 Euro. Wer mehr braucht – etwa wegen Behinderungen – kann das „nach behördlicher Bedürftigkeitsprüfung“ beantragen.

Doch wie soll all das finanzierbar sein? Springer geht davon aus, daß das Staatsbürgergeld jährlich knapp 500 Milliarden Euro kosten würde. Dem stehen

in seinem Modell Bruttoeinnahmen aus der „dualen Flat Tax“ in Höhe von 730 Milliarden gegenüber. Verrechnet man die wegfallenden Steuereinnahmen mit den wegfallenden derzeit vom Staat übernommenen Sozialleistungen komme man auf den Betrag, der zur Finanzierung des Staatsbürgergeldes nötig ist. Laut den Berechnungen des Sozialpolitikers würde das Staatsbürgergeld jährlich zu einem Überschuß von rund 11,7 Milliarden Euro führen.

Der große Unterschied zum bedingungslosen Grundeinkommen liegt – zumindest wenn die Ankündigung des Sozialpolitikers wahr werden sollte – darin, daß sich „Arbeit und Leistung wieder lohnen“. Sein Plan schaffe „deutlich mehr Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit“. Rentnern erspare das

Staatsbürgergeld zudem den Gang zum Sozialamt; ohne bürokratische Hürden sichere es die Existenz im Alter. Springer erklärt, sein Modell stehe „fest auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft“. Zudem werde der Sozialstaat dadurch „übersichtlicher, schlanker, effizienter und günstiger“.

In seiner Partei stößt Springers Vorschlag auf ein geteiltes Echo. Die einen halten sein Konzept, das auf der negativen Einkommensteuer des liberalen Nobelpreisträgers Milton Friedman beruht, für „interessant“. Andere befürchten, es könne mit der Beschränkung auf deutsche Staatsangehörige am Bundesverfassungsgericht scheitern. Ein anderer Kritiker nannte es intern polemisch „im Prinzip national-sozialistisch“. Entscheidend jedoch wird das Votum des Parteitag sein.

„Steuerreform gegen Armut“**René Springer zu seinem Konzept:** Sozial- mit Zuwanderungspolitik verknüpfen / Erst eine Erprobungsphase nötig

Herr Springer, Ihr Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens funktioniert nur, wenn auf der anderen Seite heutige Sozialleistungen eingespart werden. Was passiert aber mit denen, die heute beispielsweise Anspruch auf Hartz IV haben, aber von Ihrem Staatsbürgergeld ausgenommen wären? Immerhin haben über ein Drittel der Hartz-IV-Bezieher keinen deutschen Paß...

Springer: Zunächst einmal möchte ich feststellen: Mit dem Staatsbürgergeld sollen Sozialleistungen nicht abgeschafft, sondern gebündelt werden. Denkbar ist, daß integrierte Ausländer mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht einen Staatsbürgergeldanspruch erwerben können, wenn sie im Inland zehn Jahre lang steuerpflichtige Einkünfte erzielt haben und damit ihren Lebens-

unterhalt ohne staatliche Hilfe bestreiten konnten. Ich denke da an echte Fachkräfte. Das wäre dann auch ein Anreiz, sich hier in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Asylbewerber dagegen werden weiter Mittel gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen. Hier muß aber der Grundsatz „Sachleistungen vor Geldleistungen“ gelten. Und wenn sie dann keinen Anspruch auf Asyl bei uns haben, müssen sie auch zügig in ihr Herkunftsland oder einen sicheren Drittstaat abgeschoben werden. Denn natürlich ist klar: Sozialpolitik läßt sich von der Zuwanderungspolitik gedanklich nicht trennen. In beiden Bereichen gibt es erheblichen Reformbedarf.

Sie wollen Ihr Konzept auf dem kommenden Sozialparteitag vorstellen. Sitzen

Sie da dann nicht zwischen den Stühlen, wenn einerseits die Wirtschaftsliberalen beim Begriff Grundeinkommen „rot“ sehen und andererseits den Sozial-Flügel Ihre enge Verknüpfung mit der Einkommensteuerreform und die Streichung anderer Sozialleistungen abschreckt?

Springer: Das Staatsbürgergeld ist im Kern eine umfassende Steuerreform, die Armut bekämpft und Steuern senkt. Wem es in erster Linie um die Garantie der Existenzsicherung geht, kann dem Modell genauso zustimmen wie jemand, der vor allem die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen anstrebt. Letztlich geht es mir um die Konkretisierung unserer im Parteiprogramm enthaltenen Forderungen: Die AfD steht für ein einfaches, gerechtes Steuersystem

und einen schlanken, aber effektiven Sozialstaat. Entscheidend ist aber, daß das Modell zunächst in Pilotprojekten erprobt werden soll, um festzustellen, ob die gewünschten Effekte eintreten. Erst danach lassen sich valide Aussagen tätigen und vernünftige politische Entscheidungen treffen.

CHRISTIAN VOLLRADT

René Springer, Jahrgang 1979, ist seit 2017 Mitglied des Bundestags und dort sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Er diente zwölf Jahre als Zeitsoldat bei der Marine und ist Elektrotechnik-Meister sowie Diplom-Politologe.



► www.rene-springer.info

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Der totale Gesundheitsstaat: Bill Gates, das Virus und die Neue Weltordnung

■ Das Auftreten des Coronavirus markiert den Beginn einer historischen Zeitenwende, den eine globale Machtelite dazu nutzt, um im Schatten der vermeintlichen Pandemie eine neue Weltordnung zu installieren.

Microsoft-Gründer Bill Gates gehört zu den Führungsfiguren dieser superreichen Machtelite, die einen totalitären Gesundheitsstaat mit gleichgeschalteten Einheitsmenschen anstrebt. Dr. Nyder geht deshalb der äußerst brisanten Frage nach, ob das Coronavirus nur ein Instrument dafür ist, die Demokratie endgültig zu überwinden und die Kontrolle in die Hände weniger zu legen. Bereits im Zuge der Corona-Maßnahmen haben die Bürger die Einschränkung wesentlicher Freiheitsrechte nahezu widerspruchslos hingenommen.

Der Autor bringt weitere verstörende Fakten ans Licht: Warum will Bill Gates 7 Milliarden Menschen impfen und sie dabei gleich mit einem Barcode versehen lassen? Weshalb wird in Indien und in Bangladesch bereits damit experimentiert? Warum werden in Nigeria schon Drohnen losgeschickt, um »Nichtgeimpfte« aufzuspüren?

Dr. Nyder erläutert zudem die äußerst gefährliche Ideologie, die hinter dem Handeln von Bill Gates steckt und die sich

zu einer der größten Bedrohungen der freiheitlichen Welt entwickelt. Ferner beleuchtet er die ominösen Aktivitäten der Gates-Stiftung und folgt den verborgenen Spuren des Geldes.

- Verschiedene Indizien sprechen dafür, dass Covid-19 aus einem Labor in Wuhan stammt. Der Leiter dieses Labors ist Vorstand in der Gates-Stiftung.
- Im Oktober 2019 (!) war Bill Gates an der Simulationsübung einer Corona-Pandemie beteiligt – dem sogenannten »Event 201«.
- Bill Gates beschäftigt sich aktuell intensiv mit digitalen Codierungen, die – per Impfung injiziert – Millionen Menschen kontrollieren und manipulieren können.
- Die Gates-Stiftung finanziert Organisationen wie die WHO, die Johns-Hopkins-Universität, das Robert Koch-Institut und die Charité in Berlin, aber auch Mainstream-Medien wie den *Spiegel* und *Die Zeit* – und damit die wichtigsten Befürworter der Corona-Hysterie.

Dr. Nyder will sensibilisieren und wachrütteln. Was er zum Vorschein bringt, ist von höchster Brisanz und definitiv keine Verschwörungstheorie. Alles ist gut dokumentiert: Für seine umfangreichen Recherchen greift der Autor auf seriöse Quellen zurück, die für jedermann nachprüfbar sind.

Dr. C. E. Nyder: *Gesundheitsdiktatur* • gebunden • 240 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 981 200 • 19,99 €

**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de